

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 21

Artikel: Grünspan im Grün : ein Diskussionsbeitrag zur ökologischen Debatte in der Schweiz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grünspan im Grün

Der folgende Text behandelt die «grüne» Problematik als Komponente der schweizerischen Innenpolitik. Wir finden hierbei etliche Punkte, die auch zur ZeitBild-Thematik gehören. Deshalb versuchen wir im Anschluss an den Beitrag zu zeigen, wie wir uns zur «grünen» Frage und ihren ordnungspolitischen

Verknüpfungen oder Scheinverknüpfungen stellen. Abschliessenden Charakter haben unsere jetzigen Äusserungen sowenig wie unsere früheren Äusserungen zum riesigen Komplex, bei dem so viele Kinder mit so vielen Bädern ausgeschüttet werden. Doch zunächst der angesagte Beitrag.

Den meisten Umweltschutzorganisationen schwebt als gemeinsamer Nenner eine «heile Welt» vor. Die Wege zum Generalziel verlaufen sich jedoch bald in nebulösen Vorstellungen. Übereinstimmung besteht vielleicht noch in der Meinung, dass mit Verboten bereits ein Zwischenziel erreicht sei. Einigkeit besteht ferner meist darüber, wo anzusetzen sei: Bei Industrien, bei den Multis sowieso und natürlich bei den Energielieferanten, den Wasserkraftwerken und den Atomkraftwerken; bei diesen subito. Auch Chemiekonzerne sind als lebensbedrohend suspekt.

All das ist, nach allgemeiner Grünsicht, per saldo gar nicht mehr nötig. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind – immer in dieser Optik – beim hohen Sättigungsgrad in vielen Bereichen nicht mehr gegeben. Zudem sind die Ressourcen begrenzt und demnächst ohnehin aufgezehrt. Also abschaffen, stilllegen, aussteigen!

Das Urteil wird oft von Leuten gefällt, deren primäre Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge gering sind, von Mitbürgern des öffentlichen Dienstes, von Studenten und Pensionierten aus Staatsanstellungen, von «öffentlich Versorgten» allgemein. Wie immer: Ohne professionelle Belastungen sind die Zusammenhänge gar nicht kompliziert. Wirklich nicht?

Mit einer massiven Schrumpfung des wirtschaftlichen Potentials will man kleinbetriebliche Existenzen lebensfähig erhalten respektive zu neuer Blüte bringen. Wiederherstellen, was in der «guten alten Zeit» die Welt in Ordnung hielt. Zwischenbemerkung: Sie wurde zum nicht geringen Teil durch intakte Familienstrukturen in Ordnung gehalten, auch etwa durch autoritäre Herrscher. Beides ist passé, sozusagen unerwünscht. Man stelle sich vor: Wiederherstellung der Sozialstruktur Selbständig-

erwerbender, Liquidierung der Macht der heutigen Masse der Lohnempfänger. Hinzu kommt, dass auch die Masse der Kleinbetriebe für die Versorgung der rapid gewachsenen Bevölkerung nicht ausreichen würde, abgesehen von den fehlenden Investitionsmitteln, die für die infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden sein müssten.

Parallel dazu dann noch die Forderung, die heute beanspruchten Energielieferanten zu liquidieren oder auf utopische Minimalisierung zu bringen. Der Zusammenbruch des Volkswirtschafts- und Sozialgefüges wäre vorgegeben, die westeuropäische Subito-Theorie brächte die Winterlandschaft herbei, bevor noch das Ozonloch wirksam würde. Es ist tatsächlich unverständlich, wie derartige Phantasien entwickelt und ausgebaut werden können. Wahrscheinlich sind doch Destabilisierungsabsichten politischen Ursprungs stark mitbeteiligt.

Vergleichsweise kommt die Landwirtschaft noch gut davon; ihr wird immerhin wenigstens der biologische Anbau zugestanden. Auch dieser wird freilich mit einer politischen Umpolung verbunden. Die einen anerkennen zwar, dass der grüne Primärsektor nicht arg manipuliert werden kann, aber die andern finden, dass die absolute Reinheit nur über die konsequente Verstaatlichung führen könne. Das wird nicht notwendigerweise so direkt gesagt, aber wenn jeder seine persönliche Hügelbeete haben soll, läuft ein solches Vorhaben schliesslich doch auf die Liquidierung der selbständigen Landwirtschaftsbetriebe hinaus.

Wie durch eine extensive Produktionsart übrigens die Ernährung bei sehr knapper Produktionsfläche gesichert werden soll, wäre erst noch einer weiteren Untersuchung vorbehalten. Die Rechnung geht wahrscheinlich nicht auf, und kann es nicht.

Wollte man den Weg zurück dennoch beschreiben, so müssten entsprechende Bedingungen in Kauf genommen werden, mit Konsequenzen, die schwer vorstellbar sind. Man müsste Hunderttausende zur biologischen Anbauschlacht auf das Land umsiedeln (in welche Siedlungen?), auf jenes Land, das unsere Vorfahren, aus ökologischen Gründen wahrscheinlich, verlassen hatten, auf jenes Land, das grossflächig verbaut wurde und als primäres Produktionsgebiet vielleicht nach hundert Jahren wieder etwas hergeben könnte. Hinterfrage: Wer wollte eine solche Umsiedlung anordnen, wer sie durchsetzen?

Von unserer Volkswirtschaft kann der ökologische Kreislauf früherer Kulturen nicht gefordert werden. Unsere prozessuelle Ökonomie kennt die Abläufe von damals nicht mehr und hat keine Möglichkeit, zu ihnen zurückzufinden. Die Verunsicherer im grünen Gewande haben das Rezept auch noch nicht gefunden.

Was wir hingegen mit unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft gefunden haben, das ist das Recycling, die Rückführung von Gütern des primären Sektors in die geordnete Zirkulation. Das funktioniert in einigen Bereichen, in andern nicht. Aber man darf weitere Resultate erwarten – wenn die Verbraucher diszipliniert mitmachen. Unsere private Wirtschaft, unsere freie Marktordnung ist jedenfalls im ökologischen Sinn modern und den zentralistischen Systemen himmelhoch überlegen.

Eine tatsächliche Belastung für die Rohstoffbewirtschaftung sind die Energieverluste. Überall, wo sich der Mensch in die Naturabläufe einschaltet, wird Energie abgewandelt, meist in minderwertige (und oft naturschädigende) Wärme. Das ist ein laufend stattfindender Verlust.

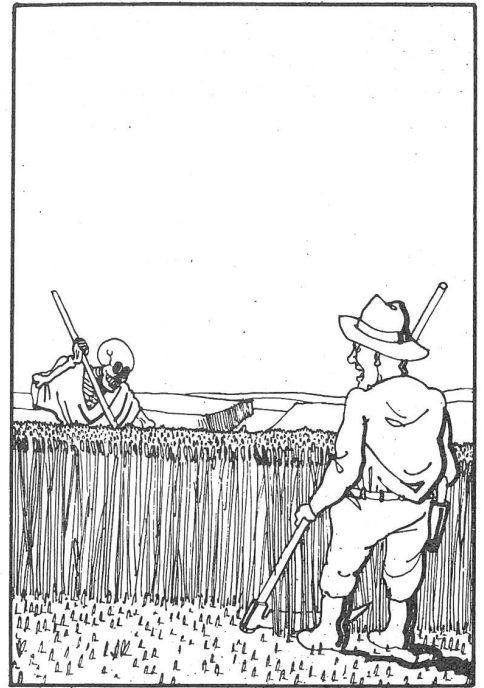
Die Antwort auf die Frage, wann die Energie-ressourcen aufgezehrt sein werden, ist einiger-massen berechenbar. Bei einem jährlichen Energiebedarf von 10 Milliarden Steinkohle-einheiten (SKE) stehen bekannte und gut erschliessbare Vorräte an Kohle, Gas, Öl und Uran von rund 1000 Mia SKE zur Verfügung; das würde – so betrachtet – für 100 Jahre reichen. Hinzu kommen bekannte, aber (noch?) schlecht erschliessbare Reserven in der Grös-senordnung von 1500 Mia SKE (Fritsch).

Von daher allein brauchen also die Konsumge-wohnheiten nicht so dringlich geändert zu wer-den, zumal die Industrienationen den laufen-den Materialbedarf ohnehin ständig durch neue Techniken (Ausweichen auf weniger ener-gieaufwendige Stoffe) senken. Die Krise im Kohle- und Erzbergbau belegt das. Zudem ist die westliche Wirtschaft, die am meisten für Löhne und Sozialleistungen aufwendet, aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit gezwungen, die Materialkosten um so stärker zu senken. Sie hat somit ein materielles Interesse daran, die natürlichen Ressourcen zu schonen. Tatsäch-lich tut sie es tendenziell auch (die Kernfusion ist in errechenbarer Nähe; künstliche Verbund-stoffe sind im Begriff, natürliche und teure Ma-terialien wie Metalle überwertig zu ersetzen), und nichts deutet auf einen Stillstand in dieser Entwicklung hin.

Diesbezüglich wenigstens haben sich die pessi-mistischen Prognosen von Spengler und vom «Club of Rome» nicht bewahrheitet. Es kann sein, dass auch die heutigen Weltuntergangs-voraussagen ein Irrtum sind – wenn nicht ein Zweckschwindel.

Jeder Bewegungsablauf ist Energieumsatz, und die Ökologie selbst ist eine energetische De-monstration, die der Mensch in geordnete Bah-nen zu lenken hat. Es ist unsinnig, von Null-wachstum zu reden; schon allein die Anstren-gung dahin ist produktiv und energieträchtig. Das bedeutet noch lange nicht, dass wir mit den Ressourcen liederlich umgehen dürften. Wie wir gesehen haben, tun wir es auch nicht – tut es jedenfalls die Westwirtschaft nicht. Das ist ihr Beitrag zur Schonung der Rohstofflager und damit auch ein echter Beitrag zum Um-weltschutz. Man kann noch mehr tun, gewiss. Die Wissenschaft ist daran, die Wirtschaft ist daran, und auch der einzelne ist daran, bloss weniger. Was man nicht kann: den Rückwärts-gang einlegen in Wissenschaft und Volkswirt-schaft, den Menschen unserer Hemisphäre auf mittelalterliche Rationen setzen.

Der grüne Hieb auf die Wirtschaft will unver-kenbar die westliche Staatsordnung treffen. Dabei ist es gerade diese, die der Menschheit in erprobter Selbstregulation dient. Das markt-wirtschaftliche System pariert Auswüchse und



Ernte nach Tschernobyl. Karikatur aus einer von der Studentengruppe «Zaczek» (Krakau) herausgegebenen Broschüre.

Verstöße erstaunlich zuverlässig. Die Markt-wirtschaft dirigiert Forschung, Fertigung und Management unnach-sichtig. Das naheliegende Beispiel: Mit der Hochpreispolitik versuchten die klassischen Ölförderländer die westlichen Industriestaaten in die Knie zu zwingen. Der Westen reagierte durch Drosselung der Ölim-porte, durch Ausweichen auf andere Energie-träger, durch beschleunigte Forschung, den Bau neuer Kernkraftwerke und die Erschlies-sung nahegelegener Bohrfelder. Er liess sich nicht erpressen; hingegen steht die Opec vor dem Ruin.

Solange Menschen leben, stören sie in irgend-einer Weise die natürlichen Kreisläufe, greifen sie mehr oder weniger in die Ökologie ein. Man kann eine philosophische Debatte darüber füh-ren, warum das so ist, aber man kann nicht für eine intakte Umwelt kämpfen und so tun, als gebe es diese Menschen nicht.

Das freilich ändert wiederum nichts an der Tat-sache, dass der Mensch die Verantwortung für sein Handeln trägt. Dazu gehört auch, dass er endlich einsieht, dass Luft und Wasser keine Gratisleistungen einer kostenlos funktionieren-den Sozialinstitution sind, deren einzige Auf-gabe es zu sein hätte, Lebenselemente ohne Ge-genleistungen abzugeben.

Hier hat das Umdenken einzusetzen, und übr-igens nicht primär bei der Landwirtschaft. Der Bauer und Ökologe, der immer von dieser Wahrheit ausgegangen ist, braucht keine An-feindung, sondern Unterstützung. Bei uns be-sonders, da er eine verschwindende Minorität geworden ist.

Endlich ist auch die Kernfrage zu beantworten, der man beharrlich ausweicht: die Bevölke-

Schluss auf Seite 14

LEGENDY KRAKOWA.



«Krakauer Legenden» (Krakau gilt als die Stadt mit der stärksten Luftverschmutzung der Welt).

Zeichnung des Krakauer Karikaturisten Andrzej Mleczko, dessen in Polen landesweit verbreitete Werke weder offiziellen noch verbotenen Charakter haben. Sozusagen ein Graudruck für den grauen Markt.

Unsere Meinung

Ökologie und System

Um gleich mit der Türe ins Haus zu fallen: Ich fühle mich hier als Befürworter einer «allgemeinen Grünsicht», und ich fühle mich als ihr echter Befürworter gerade deshalb legitimiert, weil ich hier zur Kategorie der Systembewahrer zähle.

Denn es ist unser System ganz allein, unser westliches, unser demokratisches, unser pluralistisches System, welches diese Option als politisch wirksame Kraft frei zulässt. Es ist *unser* System, und unser System *ausschliesslich*, das die «grüne» Thematik freigibt, weil es *jede* Thematik freigibt. Und es ist das alternative System, das sozialistische (kommunistisch geführte) System, das die grüne Thematik nicht freigibt, weil es *keinem* Thema die freie Behandlung zugesteht, es sei denn fahrlässig, weil es für die Belange der Macht keine ersichtliche Rolle spielt, und sogar dann siegt normalerweise der Kontrollreflex. Es ist wiederum *unser* System, welches die «grüne» Opposition ermöglicht, weil es Opposition überhaupt ermöglicht, und es ist wiederum das Alternativsystem, das die «grüne» Opposition verbietet, weil es Opposition überhaupt verbietet.

Aus diesem Grunde kann ein grundsätzlicher Gegner unseres politischen Systems gar kein

«Grüner» sein; er kann sich bloss so nennen. Und dann wiederum ist er von den Leuten, denen es um die Erhaltung unserer Demokratie geht, nicht als «Grüner» zu bekämpfen, sondern als Lügner. Sonst anerkennt man ihn in einer Eigenschaft, die er nicht hat, sondern zu haben vorgibt.

Man muss den Unterschied merken, und man muss ihn machen. Anders führt man den politischen Kampf an den falschen Fronten. Zur Freude jener, die sie aus Vorbedacht oder Instinkt (jede Mischung ist möglich) falsch ziehen. Und zum doppelten Schaden von Demokratie und Ökologie.

Ich bin als demokratisch verursachter Grüner immer wieder betroffen, wenn ich einen Ausdruck höre wie «grüne Systemüberwinder». Einmal als Lob gemeint und einmal als Schimpf. Aber immer so, als ob er stimme. Obwohl er eben *nicht* stimmt.

Das gilt grundsätzlich. Natürlich gilt dann auch, dass der reale Mensch immer «der Mensch mit seinem Widerspruch» ist, und das fällt umso mehr ins Gewicht, je mehr man dazu präpariert wird, die Wahrnehmung des Widerspruchs zu verweigern. Man kann sich hier als «grüner Systemüberwinder» vorkommen; das ist eine subjektive Möglichkeit, die selbstverständlich besteht. Aber ich glaube, man hat die Selbstdarstellung von Leuten, die sich gleichzeitig als «grün» und als politisch «alternativ» vorstellen, zu lange auch als ihr Selbstverständnis gelten lassen. Ohne die Glaubwürdigkeitstests vorzunehmen, die möglich waren und möglich sind.

Ein Beispiel dafür, auf das wir im ZeitBild immer wieder eingetreten sind, ist das Verhalten der Kernkraftgegner, und das heisst der *sogenannten* Kernkraftgegner beim Test der konsequenten Gegnerschaft. Wie kommt es, dass sie jahrelang und jahrzehntelang darauf verzichtet haben, Nuklearkatastrophen und Nuklearpannen im Ostblock bewusst zu machen, sobald die Informationen darüber hier verfügbar wurden? Sie hätten es tun müssen, unweigerlich, wenn es ihnen mit ihrer Gegnerschaft auch nur im geringsten ernst gewesen wäre, und sie haben es *nicht* getan. Es ergibt sich zwingend,

dass sie Kernkraftwerke nur unter der Bedingung bekämpften, dass sie dem kapitalistischen System angelastet werden konnten («die Profitgier verursacht den Atomtod»); Millionen haben es so oder ähnlich gelernt, weil man ihnen den falschen Satz voll bewusst beigebracht hat), nicht aber sonst. Mit diesem Verhalten waren sie als Sozialismusbefürworter konsequent echt, als Kernkraftgegner aber konsequent falsch.

Falls irgend etwas an diesem Satz nicht stimmt, warte ich immer noch auf den «Kernkraftgegner», der ihn mir widerlegt. Wir haben im ZeitBild über Jahre hinweg oft genug die relevante Frage gestellt und noch nie eine Antwort erhalten, die auf sie eingegangen wäre. Man hat uns in Briefen den Bescheid gegeben, dass wir die Atomkraftgegner schlecht zu machen suchten, weil wir es mit der hiesigen Atomlobby hielten, und wir haben in dieser Preislage noch andere «Antworten» erhalten, für die sich jede denkfähige Person eigentlich zu gut sein sollte. Aber auf die gestellte Frage nach der gegnerschaftlichen Konsequenz gab es tatsächlich keine Antwort. Um gültig zu sein, muss die Antwort inhaltlich so angelegt sein: «Wir haben zu den Atomunfällen im Ostblock geschwiegen, weil...» Es sei denn, dass man das Schweigen bestreiten würde, und auf diese Idee ist auch keiner gekommen.

Nun gibt es zur grünen oder «grünen» Thematik noch eine Menge Anmerkungen zu machen, die alle zum Motiv «Ökologie und Gesellschaftsordnung» gehören und von verkannter Wichtigkeit sind. Diese Aufgabe scheint mir vorrangig. Daneben scheint es mir durchaus plausibel, dass es zum Beispiel auch grüne Wucherungen gibt, mit einem besonders günstigen Nährboden bei Leuten, die von professionellem Wissen unbelastet sind. So wie es auch ökologiewidrige Umweltsabotage von Leuten gibt, die ihr unbestreitbares professionelles Wissen allzu smart einsetzen. Das alles ist zu sehen und zu behandeln, von Fall zu Fall und in der Summierung der Fälle sicherlich auch. So oder anders. Ich glaube nicht, dass sich das Demokratieverständnis an der Einstellung zum biologischen Gartenbau messen lässt. Wenn freilich zum Zwecke des biologischen Gartenbaus die Kollektivierung des Bodens gefordert wird, dann ist *dies* eine «systemüberwindende» Forderung. Aber auch eine unsinnig begründete Forderung. Denn die Kollektivierung des Bodens erleichtert den biologischen Anbau keineswegs, sondern erschwert ihn. Das eben ist es, was man meiner Meinung nach zugunsten der Biologie und zugunsten der Demokratie zeigen muss.

Zu den Gründen, welche gegen die Einführung des Alternativsystems sprechen, gehört die allgemeine Grünsicht, sofern sie nur echt ist. Die Rettung der Umwelt ist so wichtig geworden, dass wir uns jenes System auf keinen Fall leisten können, das die Umweltzerstörung am stärksten fördert, den Sozialismus. cb

Schluss von Seite 13

rungeexplosion. Die «Südsicht» ist blind auf diesem Auge. Und dabei rutscht die Erde erdteilweise wegen der Bevölkerungsexplosion in die Katastrophe.

Noch ist es nicht zwölf Uhr. Mit Entschliessungen allerdings werden die Zeiger nicht aufgehoben. Wir müssen enorme Mittel aufbringen und enormen Willen; anders geht es nicht. Es werden auch harte politische Aufgaben zu bestehen sein, deren Durchsetzung starken Regierungen vorbehalten bleibt. Der Zugriff der Politik wird auch persönliche Bereiche einengen; die Ökonomie läuft dem zweckrationalen Verhalten zuwider.

Notfalls werden wir jedoch zu unserem endlichen Glück gezwungen werden müssen. Das ist einsichtig. Aber nicht allen. Jene, die ihre Zukunft in der Ökologie der Urzeit sehen, werden weiterhin «in der Kultur Unbehagen» empfinden (Freud), nicht anders als heute, wo ihnen nur die Unkultur Behagen bietet. eb